

LEITARTIKEL zu vier Jahre russischer Angriffskrieg

Was der Ukraine-Krieg mit uns macht

Vier Jahre dauert der Ukraine-Krieg nun schon, fast so lange wie jeder der Weltkriege. Die Zahl der Toten und Verwundeten geht in die Million; ganze Landstriche sind verwüstet. Es ist ein wirklich großer Krieg. Was macht er mit uns in Europa und Deutschland?

Aus der Ukraine macht er, sofern sie diese Schlacht überlebt, eine stolze Nation. Ein Land, das mehr als alle anderen begriffen hat, wie essenziell es ist, für die Freiheit zu kämpfen. Wenn die Ukraine nach einem Friedensschluss EU-Mitglied werden sollte, wird sie ein Gewinn für die Gemeinschaft sein, schon wegen ihrer Wehrhaftigkeit. Genau das, was Putin nicht wollte. Deswegen darf der Beitritt nicht verzögert werden.

Sicher nicht gewollt hat Putin auch, dass Europa wehrhafter wird. Überall wird aufgerüstet, Finnland und Schweden sind Nato-Mitglieder geworden. Gegen eine noch effektivere europäische Zusammenarbeit stehen allerdings die nationalen Egoismen und die schwachen Entscheidungsstrukturen Europas. Die EU muss sich schnell reformieren, wenn sie mithalten will.

Auch Russland hat der Krieg verändert. Das Land ist zurückgeworfen auf einen Zustand „tiefer Barbarei“, wie Kanzler Merz zu Recht sagte. Russland wird, solange dort Despoten herrschen, nicht Teil des kultivierten Europas sein. Sondern sein Antipode. Egal, wie der Krieg ausgeht.

Grundlegend verändert hat sich auch der Krieg selbst. Es ist ein High-Tech-Krieg der Drohnen und Raketen mit archaischen

Elementen. Die europäischen Armeen sind dafür nicht gerüstet, auch nicht die Bundeswehr. Sie müssen nun schnell umgebaut werden, auch mental.

Zeitenwende ist für all das das richtige Wort. Bei Kanzler Olaf Scholz blieb es eine Floskel. Friedrich Merz hat die Zeichen der Zeit besser erkannt. Aber auch unter seiner Regierung geht das Umschalten in den Verteidigungsmodus, in Boris Pistorius' „Kriegstüchtigkeit“, nur langsam voran. Drohnenabwehr? Erst wenn sie über unseren Flugplätzen gesichtet werden. Schutz der Infrastruktur? Erst wenn Linksextremisten die Leitungen kappen. Wehrpflicht? Erst mal freiwillig. Einerseits aus Rücksicht auf die SPD. Aber auch auf eine deutsche Bevölkerung, die mit Krieg nicht behelligt werden möchte, sondern vor allem billig heizen will. Klartext reden ohne Alarmschrei und entschlossen handeln ohne Kopflösigkeit, das ist die sicherheitspolitische Aufgabe der Stunde.

Jüngst ergab ein Szenario, dass Putin mit nur 15 000 Soldaten das Baltikum in wenigen Tagen von Europa abspalten könnte. Und dass dann die Nato, vor allem Deutschland, sofort entscheiden müsste, in den Kampf zu ziehen oder nicht. Es ist kein Szenario für die ferne Zukunft. Es spielt in der Gegenwart.



WERNER KOLHOFF

KOMMENTAR zu Friedrich Merz Antrittsbesuch in China

Selbstbewusst und konziliant

Friedrich Merz bereitet sich akribisch vor: Treffen mit Experten, Studieren von Akten, Telefonate mit Wirtschaftsleuten. Die Reise nach China, rund zehn Monate nach Amtsantritt, gehört zu den wichtigsten seiner bisherigen Amtszeit. Der Kanzler weiß, wie brisant der Besuch ist, zu dem er aufrückt.

Zum einen ist die Volksrepublik ein ungeheuer wichtiger Markt für deutsche Unternehmen. Außerdem sitzt China, etwa beim Thema Seltene Erden, am deutlich längeren Hebel. China ist neben den USA Deutschlands wichtigster Handelspartner. Doch das Handelsdefizit ist groß. 2025 übertrafen die Importe aus China den Wert der dorthin exportierten Waren um rund 90 Milliarden Euro. Ein krasses Missverhältnis.

Was also will Merz bei seinem

Kurzbesuch also erreichen? Deutschland brauche Wirtschaftsbeziehungen in die ganze Welt, dazu zähle auch China. Doch er machte auch deutlich, dass die dortige Führung Meinungs-, Religions- und Pressefreiheit deutlich anders definiere. Das Motto für die Reise lautet: selbstbewusstes Auftreten, aber konziliant im Ton. Merz befürchtet, dass Europa zwischen den Großmächten zerrieben werden könnte. Die Reise soll auch dazu dienen, das zu verhindern.



KERSTIN MÜNSTERMANN

Trierischer Volksfreund

Gegründet 1875 von Nikolaus Koch

Verlag:
Trierischer Volksfreund Medienhaus GmbH
54294 Trier, Hans-Martin-Schleyer-Str. 8,
PF 3770, 54227 Trier
Leser-Service 06 51/71 99-0
Leser-Fax 06 51/71 99-9 90
Abo-Service 06 51/71 99-998
Abo-Fax 06 51/71 99-9 78
Anzeigen-Service 06 51/71 99-999
Anzeigen-Fax 06 51/71 99-5 90
Internetadresse: www.volksfreund.de
E-Mail Redaktion: redaktion@volksfreund.de
E-Mail Verlag: kontakt@volksfreund.de

Geschäftsführer:
THOMAS DEICKE, THOMAS MARX

Verlagsleiter:
RÜDIGER KRUPPA

Chefredakteur: THOMAS ROTH
Stellv. Chefredakteur: Peter Reinhart

Mitglieder der Chefredaktion: Alexander Houben
(Chef vom Dienst), Dr. Inge Kneut (Editorial
Development)

Newsmanagement: Alexander Houben, Dr. Inge
Kneut, Peter Reinhart, Thomas Roth

Reportercorrespondent: Lars Ross, Rebecca Schaal (Stellv.)
Digitalidee: Johanna Heckel
Produktionsredaktion: Ralf Jakobs (Leitung Strategie),
Heribert Waschbüsch (Operative Leitung)

Verantwortliche Redakteure:
Birgit Markwittan (Magazine)
Ralf Jakobs (Redaktionsmanagement)

Chefreporter: Katharina de Mos, Rainer Neubert,
Ralf Seydewitz, Bernd Wientjes

Berliner Büro: Kerstin Münstermann

Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Rüdiger Kruppa

Zeitungszustellung: TV-Logistik GmbH
Bezugspreise: Die Zeitung erscheint täglich außer an
Sonntagen und mit einer Doppelausgabe an
den Feiertagen und kostet monatlich 54,40 Euro
einschließlich Zustellerlohn, Postvertriebsstück:
Inland monatlich 60,85 Euro, Ausland monatlich
83,15 Euro. Alle Preise verstehen sich einschließ-
lich 7 % Mehrwertsteuer.

Der Bezugspreis ist im Voraus zu entrichten.
Bei Nichterscheinen in Folge höherer Gewalt,
bei Streik oder Aussperrung, Störung usw. kein
Anspruch auf Entschädigung.

Eine Abbestellung des Abonnements ist, vor-
behaltlich einer vereinbarten Mindestlaufzeit, bis
zum 10. des Monats zum Monatsende möglich.
Die Kündigung kann nur in Textform (Fax, E-Mail,
Brief) erfolgen.

Gültig ist die Anzeigenpreisliste Nr. 70 vom
1. Januar 2026. Für unverlangt eingesandte Ma-
nuscripte wird keine Gewähr übernommen.

Druckerei:
Saarbrücker Zeitung Druckhaus GmbH, 66117
Saarbrücken, Untertürkheimer Str. 15



KARİKATUR: HARM BENGEN

ANALYSE Die katholische Kirche verliert in rasendem Tempo Mitglieder und gesellschaftlichen Einfluss. Jetzt wählen die Bischöfe einen neuen Vorsitzenden.

Bischöfe suchen Dickhäuter mit Spagat-Künsten

VON CHRISTOPH DRIESSEN

WÜRZBURG (dpa) Nach einer Studie des Exzellenzclusters „Religion und Politik“ der Universität Münster ist der Glaube an einen personalisierten Gott und ein Jenseits für immer weniger Menschen plausibel. Die beiden großen Kirchen in Deutschland verlieren jedes Jahr durch Austritte und Todesfälle zusammen rund eine Million Mitglieder. „In weniger als zehn Jahren wird das Gesicht der katholischen Kirche völlig anders aussehen als heute“, sagt der Kirchenrechtler Thomas Schüller. „Sie wird eine Minderheitenkirche.“ Vor diesem Hintergrund hält die Deutsche Bischofskonferenz ab Montag in Würzburg ihre diesjährige Frühjahrsvollversammlung ab. Am Dienstagvormittag will sie dort einen neuen Vorsitzenden wählen.

Derjenige, der den Job die letzten sechs Jahre gemacht hat, Georg Bätzing aus Limburg, war vielen zu reform- und meinungsstark. Er will nicht noch einmal antreten. Offizielle Nachfolge-Kandidaten gibt es nicht, die Wahl gilt als offen. Oberhirten, die immer wieder mal genannt werden, sind: Udo Benz aus Paderborn, Peter Kohlgraf aus Mainz, Stephan Ackermann aus Trier, Franz-Josef Overbeck aus Essen, Heiner Wilmer aus Hildesheim und Michael Gerber aus Fulda. Gerber erholte sich noch von einer Krebserkrankung, vorher war er Favorit.

Frauen kommen für die Position

nicht in Betracht, weil sie in der katholischen Kirche keinerlei Weiheämter – Bischof, Priester, Diakon – wahrnehmen dürfen. Begründung: Jesus war ein Mann, hat nur Männer zu Aposteln berufen, und die Kirche hat es immer schon so gehandhabt.

Echte Macht hat der Chef-Bischof nicht. Der Vorsitzende müsse die katholische Kirche in Deutschland „sichtbar und greifbar“ machen, sagt Theologe Daniel Bogner.

Mit seinem Reformeifer brachte der Georg Bätzing sowohl konservative Mitbrüder (...) gegen sich auf als auch die Zentralverwaltung der katholischen Weltkirche in Rom, die Kurie.

Bätzing hat in seiner sechsjährigen Amtszeit immerhin einen Reformprozess organisiert, der durchaus Schlagzeilen machte, den Synodalen Weg. Auslöser dafür war das Bekanntwerden tausendfacher sexualisierter Gewalt an Kindern und Jugendlichen durch katholische Priester. Bätzings größte Leistung ist für viele, dass er die Bischöfe dazu gebracht hat, in einer einstimmig angenommenen, sehr deutlich formulierten Erklärung vor einem neuen Rechtsextremismus in Deutschland zu warnen.

Mit seinem Reformeifer brachte der 64-jährige Bätzing sowohl

konservative Mitbrüder wie Kardinal Rainer Maria Woelki aus Köln und Stefan Oster aus Passau gegen sich auf als auch die Zentralverwaltung der katholischen Weltkirche in Rom, die Kurie. „Er ist nie warm geworden mit Rom und Rom nicht mit ihm“, analysiert Kirchenrechtler Schüller. Am Ende war eine Mehrheit für seine Wiederwahl wohl nicht sicher.

„Der neue Vorsitzende sollte die wesentlichen Sprachen beherrschen, vor allem Italienisch, und eine dicke Haut haben, wenn er Kritik abbekommt, die eigentlich auf andere abzielt“, sagt Schüller. Prof. Bogner sieht es ähnlich: „Der Vorsitzende muss stets in zwei Richtungen kommunizieren: Rom möchte, dass die deutsche Kirche sich als Teil der einen Weltkirche versteht. In Deutschland hingegen erwarten viele ein zügigeres Reformtempo, als es im weltweiten Katholizismus möglich ist.“ Gefragt ist also ein fast unmöglicher Spagat: Rom muss den Eindruck bekommen, dass auch die deutsche Kirche gut katholisch ist. Und in Deutschland muss sich die Kirche in eine pluralistische Gesellschaft einfügen, in der Religion Privatsache und die katholische Sexualmoral praktisch irrelevant ist.

Bätzings Nachfolger müsse also viel Fingerspitzengefühl für politische Zusammenhänge mitbringen, sagt Bogner, aber auch das intellektuelle Format haben, das die Kirche für ihre Debattenfähigkeit dringend benötige.

PRESSESCHAU

Die spanische Zeitung „El Periódico“ schreibt zu vier Jahre Ukraine-Krieg:

Vier Jahre nach der russischen Invasion in die Ukraine sendet das angegriffene Land beunruhigende Signale der Erschöpfung. Die maßgebliche Rolle der USA bei einem möglichen Ausgang des Krieges erhöht die Wahrscheinlichkeit, dass sich der Anspruch von (Kremlchef) Wladimir Putin auf die Annexion des gesamten Donbass durchsetzt - einschließlich der Gebiete, die er nicht kontrolliert. Die Abwesenheit der EU bei den laufenden Gesprächen (...) nimmt dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj seinen wichtigsten Verbündeten, während die Absicht von (US-Präsident) Donald Trump, ausschließlich auf die Forderungen der angreifenden Macht einzugehen, immer deutlicher wird. (...)

Der „Münchner Merkur“ merkt an:

Einen lausigeren Kriegsherrn als Putin hat Russland noch nicht erlebt: Stalin brauchte im „großen vaterländischen Krieg“ 1418 Tage, um 3000 Kilometer nach Berlin zu marschieren, Putin hat in 1460 Tagen gerade mal 100 Kilometer vom Schwarzen Meer ins Landesinnere des unterlegenen Nachbarlandes geschafft und dabei 300 000 Männer geopfert. Gefährlicher als Russlands Armee sind für Kiew zu Beginn des fünften Kriegsjahres Putins fünfte Kolonnen im Westen: Weidels AfD und Wagenknechts BSW, die Deutschland zum Büttel Trumps und Putins machen wollen. Und die Regierungschefs Ungarns und der Slowakei, Orbán und Fico, die immer schamloser als Putins Agenten in Europa auftreten; Bundesaußenminister Wadepuhl spricht zu Recht von Verrat. Und ein US-Präsident, der die Ukraine am liebsten an Moskau verkaufen würde.

Die italienische Zeitung „La Stampa“ sieht US-Präsident Donald Trump als Verlängerer des Kriegs:

(...) Wer im Krieg nicht die Karten in der Hand hat, ist gerade der US-Präsident. Oder besser gesagt: Trump hätte die Karten, um den Konflikt zu verkürzen, indem er Russland weiter sanktioniert, statt es zu legitimieren. Doch er hat sich entschieden, sie nicht auszuspielen - und damit den Krieg verlängert und das gerade zu Ende gegangene Jahr zum bislang blutigsten gemacht.

Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ verlangt mehr Engage Europe:

Die Europäer müssten (...) Putin viel stärker noch als bisher zeigen, dass sie nicht vor dem großrussischen Imperialismus zurückweichen, sondern ihm so unnachgiebig die Stirn bieten wie die Ukrainer. (...) Selbst jene Staaten, die knapp bei Kasse sind, könnten den Ukrainern mehr und wirkungsvollere Waffen liefern als bisher, wenn sie es wirklich wollten. Dann müssten in den Geberländern eben finanzielle Opfer dafür gebracht werden. (...)

Produktion dieser Seite:

Teresa Erzwiler, Michaela Heinze
Oliver Schwambach

RÜCKBLENDE

Was geschah am 24. Februar?

2024 wird der Dokumentarfilm „Dahomey“ der französischen Regisseurin Mati Diop über die Rückgabe französischen Kolonialraubguts mit dem Goldenen Bären der Berlinale ausgezeichnet. Schlagzeilen machen allerdings israelkritische Äußerungen zum Gaza-Krieg während der Abschlussgala.

2021 erteilt das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte die ersten drei Sonderzulassungen für Corona-Tests zur Eigenanwendung durch Laien. Bei allen drei Selbsttests werden die Proben durch einen Abstrich im vorderen Nasenbereich entnommen.

1991 beginnen im Golfkrieg alliierte Truppen mit der Bodenoffensive gegen den Irak zur Rückeroberung Kuwaits.

1981 gibt in Großbritannien der Bu-



Wurden vor fünf Jahren zugelassen: die ersten Selbsttests für Covid-19.

FOTO: JENS KALAE/NDP

ckingham-Palast offiziell die Verlobung von Prinz Charles und Diana Spencer (1961-1997) bekannt.

1980 führt Israel eine neue Währung ein. Der aus biblischen Zeiten bekannte Schekel ersetzt das israelische Pfund im Verhältnis eins zu zehn.

1971 bestätigt das Bundesverfas-

sungsgericht in einem Grundsatzurteil das Verbot von Klaus Manns Buch „Mephisto - Roman einer Karriere“. Es sieht das Persönlichkeitsrecht des verstorbenen Schauspielers und Intendanten Gustaf Gründgens verletzt.

1896 berichtet der französische Physiker Antoine Henri Becquerel erstmals über die von ihm entdeckte radioaktive Eigenstrahlung von Uran.

Geburtstage

1976 Jan Koum (50), ukrainisch-amerikanischer Unternehmer und Milliardär, Mitgründer des Chatdienstes WhatsApp

1976 Yuval Noah Harari (50), israelischer Historiker (Bestseller „Eine kurze Geschichte der Menschheit“ und „Homo Deus“)

1956 Judith Butler (70), amerikani-

sche Philosophin („Das Unbehagen der Geschlechter“)

1926 Erich Loest, deutscher Schriftsteller (Romane „Völkerschlagdenkmal“), gest. 2013

1500 Kaiser Karl V., römisch-deutscher Kaiser und spanischer König, ab 1530 Kaiser des Heiligen Römischen Reiches bis zu seiner Abdankung 1556, König von Spanien 1516-1556, gest. 1558

Todestage

2025 Roberta Flack, amerikanische Popsängerin („Killing me Softly“, „The First Time Ever I Saw Your Face“), geb. 1937

2005 Hans-Jürgen Wischnewski („Ben Wisch“), deutscher Politiker (SPD), Staatsminister im Bundeskanzleramt 1976-1979 und 1982, Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit 1966-1968, geb. 1922